



DÖW-Stellungnahme zur Wiener Akademischen Burschenschaft Olympia

Die Wiener Burschenschaft *Olympia* rückte Mitte der 90er Jahre aufgrund ihrer zunehmenden Aktivitäten wieder verstärkt in das Interesse der Öffentlichkeit und Behörden. Im Blick u.a. auf diese Korporation schreibt das Bundesministerium für Inneres, Gruppe C, Abt. II/7 in seinem Jahreslagebericht 1994: „Zwei Wiener und eine Innsbrucker Burschenschaft gelten als Kaderschmiede nationaler und rechtsextremer Gesinnung.“ (S. 11) Gleiches gilt für den Bericht 2000: „Bei Veranstaltungen mehrerer schlagender Studentenverbindungen traten ausländische - insbesondere deutsche - Rechtsextremisten als Teilnehmer und Referenten in Erscheinung. Der von diesen Burschenschaften unterschwellig ausgehenden rechtsextremen Ideologieverbreitung wird im Sinne des Sicherheitspolizeigesetzes weiterhin besonderes Augenmerk zugewendet.“ (S. 12)

Der Hamburger Verfassungsschutzbericht 1996 erwähnt die *Olympia* im Zusammenhang mit der Radikalisierung des deutsch-österreichischen Dachverbandes *Deutsche Burschenschaft* (DB): „Die DB werde von den abgespaltenen Burschenschaften zwar nicht 'pauschal' als 'rechtsradikal' eingestuft, 'wohl aber Einzelpersonen und Einzelbünde'. Hierzu zählt u.a. die Burschenschaft 'Olympia Wien', die nach 1989/1990 auch für das Geschäftsjahr 1996/97 zur 'Vorsitzenden Burschenschaft' des Dachverbandes gewählt wurde. Auf dem Burschentag 1991 in Eisenach fiel 'Olympia Wien' bereits durch ihre Forderung nach geeigneten Maßnahmen zur sofortigen Beendigung der 'Unterwanderung des deutschen Volkskörpers durch Ausländer' auf. Noch heute wird die Beteiligung von 'Olympen' an Bombenanschlägen in Südtirol Ende der 50er Jahre, Anfang der 60er Jahre als 'tatkräftige Unterstützung' des dortigen Freiheitskampfes glorifiziert.“ (S. 116)

Das deutsche Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* erwähnt in einem Artikel über den Rechtsruck und die Spaltung der DB ebenfalls die Burschenschaft *Olympia*. Dort wird auch ein Ausspruch des FPÖ-Politikers Martin Graf, „Alter Herr“ der *Olympia*, wiedergegeben: „Die heutigen Staatsgrenzen wurden willkürlich gezogen; das deutsche Volkstum muß sich frei in Europa entfalten können.“ (Der Spiegel 24/97, S. 54) Wie sich die *Olympia* eine freie Entfaltung des Deutschtums vorstellt, geht auch aus Flugblättern hervor, die noch in den 80er Jahren zum „Tag der deutschen Einheit“ verteilt wurden: Diese zeigen ein „Deutschland“ in den Grenzen vom 1. September 1939.

Die Gründung der *Olympia* erfolgte 1859. Bereits 1883 wurde beschlossen, keine „fremdnationalen“ (i.e. vor allem jüdische) Studenten mehr aufzunehmen. Sechs Jahre später wurden die letzten jüdischen „Alten Herren“ entlassen. In der Ersten Republik betätigte sich die *Olympia* im antisemitischen, deutschnationalen und später nationalsozialistischen Sinn weiter. Bereits im Juni 1933 übernahm die *Olympia* das NS-„Führerprinzip“, fünf Jahre später erfolgte die Überleitung in die nationalsozialistische *Kameradschaft Johann Gottlieb Fichte*. Dazu heißt es in der „Festschrift“ der *Olympia*: „Bei der eindrucksvollen Feier im großen Konzerthausaal anlässlich der Überführung der waffenstudentischen Korporationen in die Gliederungen der NSDAP wurden die Farben das letzte Mal in der Öffentlichkeit getragen.“ („Wahr und treu, kühn und frei!“ 130 Jahre Burschenschaft Olympia. Wien 1989, S. 30)

Zum Ende des Nationalsozialismus fällt der *Olympia* ein: „Gleich nach Kriegsende setzte die von den Siegern betriebene systematische Umerziehung (reeducation) ein, die einen intensiven Wandel des Denkens, der Empfindungen und Verhaltensweisen erreichen wollte und auch erreichte. Alle Ideen und Überzeugungen, die nach Meinung der Sieger zu der politischen, moralischen und charakterlichen Korrumpierung der Deutschen geführt hatten, sollten ein für allemal ausgerottet werden. (...) Die entstandene geistig-kulturelle Bewußtseinslücke wurde durch die Etablierung der westlich-pluralistischen Gesellschaftsform 'ausgefüllt'.“ (ebd., S. 76f)

Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus - von der *Olympia* als „totale Niederlage“ (ebd., S. 79) betrauert - wurden nicht nur die NS-Kameradschaften verboten, sondern auch die diese bildenden Burschenschaften. So musste auch die *Olympia* zunächst unter fremder Flagge fahren: 1948 rekonstituierte sie sich als *Akademische Tafelrunde Laetitia*. Als mehr oder weniger belastete NS-Kader hatten zahlreiche *Olympen* mit den Widrigkeiten der Entnazifizierung zu kämpfen: „Ein Großteil der Überlebenden war politisch verfolgt und mit Berufsverbot belegt.“ (ebd., S. 2)

Nach ihrer Wiederezulassung 1952 entwickelte sich die *Olympia* rasch zum **Zentrum des Rechtsextremismus in Österreich**. Dies ist vor allem der Tätigkeit des 1991 verstorbenen Norbert Burger, „Alter Herr“ der *Olympia* und Vorsitzender der neonazistischen *Nationaldemokratischen Partei* (NDP), zuzuschreiben. Martin Graf meint noch heute über den Neonazi: „Ich habe Norbert Burger immer geschätzt und tue das auch über den Tod hinaus.“ (Format 21/00, S. 50) Die Identifikation mit Burgers Wiederbetätigung wird auch deutlich an einem (den rechtsextremen *fakten* (Nr. 17/92) entnommenen) Nachruf in der Verbandszeitschrift *Der Olympe*: „Nun wandte sich Burger den Problemen seiner unmittelbaren Heimat Österreich zu und gründete die ‚Nationaldemokratische

Partei' (NDP). Mehr als ein Drittel seines Lebens kämpfte Dr. Burger dafür, Österreich die, von ihm vorausgesehenen, Probleme zu ersparen, an denen es heute so krankt. Er kandidierte 1980 bei der Bundespräsidentenwahl und erreichte trotz Medienhetze und linkem Terror einen respektablen Erfolg mit über 140.000 Stimmen. Aber dieser Erfolg war den Mächtigen dieses Landes zuviel. Mit juristischen Spitzfindigkeiten wurden (sic!) der Nationaldemokratischen Partei (...) die Rechtspersönlichkeit entzogen.“ (Der Olympe 1/93, S. 14f)

Unter Burgers Patronanz erfolgte auch der Einstieg zahlreicher *Olympen* in den Südtirol-Terrorismus, was neben anhaltender Verstöße gegen das NS-Verbotsgesetz 1961 zur behördlichen Auflösung dieser Burschenschaft führte. Durch den Übertritt und die Reaktivierung der Burschenschaft *Vandalia* konnten sich die *Olympen* bis zu ihrer erneuten Wiederzulassung 1973 weiter betätigen. In den späten 70er Jahren engagierten sich einzelne *Olympen* für die neonazistische *Aktion Neue Rechte* (ANR), die einem drohenden Verbot durch den Gang in den „Untergrund“ zuvorkam. Der vormalige ANR-Obmann Bruno Haas referierte übrigens noch 1990 auf der Bude der *Olympia*. Selbstverständlich fanden sich 1980 prominente *Olympen* auch im *Komitee Waffenstudenten für Dr. Burger*. Von den zahlreichen Veranstaltungen, die in unregelmäßigen Abständen auf der Bude der *Olympia* stattfinden, sollen hier ein paar hervorgehoben werden: Am 18. 6. 1993 trat der neonazistische deutsche „Liedermacher“ Frank Rennie am *Olympia*-Hoffest auf. Rennie, vormals Funktionär der 1994 verbotenen *Wiking Jugend*, gilt als einer der zentralen Figuren im deutschen Neonazismus. Am 17. 5. 2000 trat Rennie, mittlerweile Kader der gegenwärtig ebenfalls vor einem Verbot stehenden *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands* (NPD) und wegen „Volksverhetzung“ verurteilt, neuerlich bei der *Olympia* auf. Im deutschen Verfassungsschutzbericht 2001 wird der NPD u. a. eine „Verharmlosung des NS-Regimes“, „Heroisierung von NS-Protagonisten“ und „Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus“ (S. 66) attestiert.

Am 23. 1. 2001 lud die *Olympia* zu einem „burschenschaftlichen Abend“. Unter dem Titel „Die Diktatur der Gutmenschen - Das Ende der Meinungsfreiheit!?“ tauschte man sich über das NS-Verbotsgesetz aus. Als Referenten angekündigt waren der Neonazi-Anwalt Herbert Schaller, der NPD-Kader Jürgen Schwab (*Akadem. Burschenschaft Thessalia zu Prag*, Bayreuth und *Akadem. Burschenschaft Germania*, Graz) und Günter Rehak.

Schallers Ruhm in der Neonazi-Szene geht vor allem auf dessen Einsatz für Gerd Honsik zurück: Mit ihm kämpfte der Jurist jahrelang an der „Gaskammernfront“ und gegen die „Holocauster“ (HALT 57/1991). Schallers Kampf „wider die Gaskammer“ (ebd.) brachte ihm mehrere Disziplinarverfahren ein. Diesem Kampf schloss sich 1992 auch Günter Rehak an: Der Ministerialbeamte im Bundeskanzleramt versuchte damals, Honsik mit einem „Gutachten“ bei Gericht zu entlasten. In der Folge verlor Rehak aufgrund seiner engen Kontakte zur Neonazi-Szene seinen Lehrauftrag am Institut für Politikwissenschaften. Der deutsche Publizist Jürgen Schwab engagierte sich zunächst im neonazistischen *Freundeskreis Freies Franken* und dann als Vorstandsmitglied im *Bund Frankenland* (BF). Über diesen heißt es in dem vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz 2001 herausgegebenen Bericht „Neonazismus und rechtsextreme Gewalt“: „Ziel des BF war die Beseitigung des Grundgesetzes der parlamentarischen Demokratie und die Schaffung eines ‚Vierten Deutschen Reichs‘ nationalistisch-rassistischer Prägung.“ (S. 11)

Heute engagiert sich Schwab in der NPD als Parteiideologe, wozu im deutschen Verfassungsschutzbericht 2001 folgendes zu lesen ist: „SCHWAB referiert mit dem Anspruch einer theoretischen Standortbestimmung der Partei klassische Elemente rechtsextremistischer Demokratiekritik. Hiernach zersetzen die etablierten Parteien angeblich die identitäre Gemeinschaft und es mangelt an Volkssolidarität, da wegen einer ethnischen Überfremdung ein souveränes Staatsvolk nicht existiere. Darüber hinaus vertritt SCHWAB ein antiindividualistisches Menschenrechtsverständnis, indem er den Einzelnen nur aus seiner Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gemeinschaft definiert und ihm einen originären Wert verweigert.“ (S. 63)

Mit einem derartigen Menschenrechtsverständnis liegt Schwab auf der Linie der *Olympia*, deren rechtsextreme Frontstellung gegen den politischen Liberalismus sich auch in ihrer Festschrift ausdrückt: „Dieser Glaube an die besondere Bestimmung und Bedeutung des Volkstums richtete sich gegen die übersteigerten individualistischen und weltbürgerlichen Tendenzen der Aufklärung. Man wußte oder fühlte zumindest, daß es der Gemeinschafts-Mythos ist, der der Gesellschaft ihren Zusammenhalt als Nation gibt. Der westliche Liberalismus aber, dessen Ideal die bloße individuelle Freiheit ist und der daher das menschliche Handeln auf die materielle Daseinsvorsorge beschränken will, zerstört die Gemeinschaft, indem er sie systematisch um ihre Tiefen-Dimension bringt.“ („Wahr und treu...“ a.a.O., S. 56f)

Auch der Kampf für Propagandafreiheit für Neonazis und Geschichtsfälscher – verbrämt als „Meinungsfreiheit“ – hat bei der *Olympia* Tradition. In ihrer Festschrift bezeichnen die *Olympen* die behördlichen Schritte gegen die Leugnung der Shoah und andere Geschichtsfälschungen als „Rückfall in eine längst überwunden geglaubte Zeit der geistigen Unfreiheit“. Die *Olympia* weiter:

„Wenn ein Deutscher über einzelne ‘sensible’ Fragen der Geschichte nur in den von den Umerziehern und ihren deutschen Helfern vorgegebenen Bahnen denken und sprechen darf, stellt dies eindeutig einen Mangel an Meinungs- und Redefreiheit und somit auch ein Fehlen der Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre dar.“ (ebd., S. 2) Und der FPÖ-Politiker und prominente Olympe Martin Graf meinte zum NS-Verbotsgesetz: „Es muß in einer demokratischen Welt zulässig sein, ein Gesetz, das die Meinungsfreiheit und die politische Tätigkeit einschränkt, zu kritisieren.“ (Format 21/00, S. 50)

In einem Brief an die rechtsextremen *fakten* teilten 1993 zwei *Olympen* dem Herausgeber Horst Jakob Rosenkranz ihre „Enttäuschung und Betroffenheit“ darüber mit, dass dieser gemeint habe, zum Urteil gegen den Neonazi Gottfried Küssel „schweigen zu müssen“. Die beiden Burschen weiter: „Niemand darf dazu schweigen, jeder muß im Rahmen seiner Möglichkeiten zu diesem Unrecht Stellung beziehen.“ (fakten 27/93, S. 15)

Am 25. 1. 2003 lud die *Olympia* zu einem „nationalen Liederabend“ mit Michael Müller ein. Bei diesem handelt es sich um einen deutschen Neonazi, der mit seinem Liedgut Eingang in den Verbotantrag, der vom Deutschen Bundestag und -rat beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gegen die NPD eingebracht wurde, gefunden hat. Konkret wird dort auf Müllers Auftritte bei Veranstaltungen der *Jungen Nationaldemokraten* (JN) und der NPD 1998 und 1999 eingegangen. Damals trug er u. a. in Abwandlung eines Liedes von Udo Jürgens ein Lied mit folgenden Strophen vor: „Mit 6 Millionen Juden, da fängt der Spaß erst an, bis 6 Millionen Juden, da ist der Ofen an. (...) Wir haben reichlich Zyklon B. (...) Bei 6 Millionen Juden, ist noch lange nicht Schluss.“

Dokumentiert sind zahlreiche Auftritte Müllers bei Veranstaltungen von Neonazis, zuletzt beim „Rudolf-Heß- Gedenkmarsch“ am 17. August 2002 in Wunsiedel. Müller, Aktivist der *Prager Burschenschaft Teutonia zu Regensburg*, war auch für die musikalische Gestaltung einer Skinhead-Party in München Mitte Jänner 2001 verantwortlich. Am Rande dieser Party schlugen Teilnehmer einen Griechen nieder und verletzten ihn schwer. Der Haupttäter soll von Müller danach in das Haus der Münchener Burschenschaft *Danubia* gebracht worden sein, von wo er sich am nächsten Tag ins Ausland absetzte.

Der eingangs zitierte Hamburger Verfassungsschutzbericht bezieht sich auf die Mitte der 90er Jahre erneut ausgebrochenen Fraktionskämpfe innerhalb des Dachverbandes DB zwischen gemäßigeren und offen rechtsextremen Korporationen. Die rechtsextreme Fraktion in der DB wird von den 18 österreichischen Mitgliedsburschenschaften - maßgebend von der *Olympia* - dominiert.

Angesichts des Extremismus der heimischen Burschenschaften blieb diesen zunächst aber die Aufnahme in die DB verwehrt: 1961 scheiterten erste Bestrebungen der von *Olympen* angeführten Österreicher, geschlossen der DB beizutreten. Die unterlegene, betont-nationale Fraktion schloß sich darauf in der Bude der Münchner *Danubia* zur *Burschenschaftlichen Gemeinschaft* (BG) zusammen. Im Gründungsprotokoll der aus 42 österreichischen und deutschen Burschenschaften - darunter natürlich die *Olympia* - bestehenden BG bekennt sich diese zum „volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriff“, welcher im Nationalsozialismus Anwendung fand, und fordert „die geistige und kulturelle Einheit aller, die dem deutschen Volke angehören und sich zu ihm bekennen.“ Hochgehalten wird von der BG, die ihre Ablehnung der Oder-Neisse-Grenze mittlerweile in der DB durchgesetzt hat, ein Großdeutschland in den Grenzen vom 1. September 1939.

Die jahrelangen Streitereien wurden 1971 am Burschentag kurzfristig beigelegt. Der geschlossene Kompromiß beinhaltet unter anderem die Verankerung des „volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriffes“ der BG und die Möglichkeit für österreichische Burschenschaften, einzeln der DB beizutreten. Die *Olympia* (alias *Vandalia*) machte auch gleich von diesem Beitrittsrecht Gebrauch. Die damals einsetzende Radikalisierung erfuhr durch den zweimaligen Vorsitz der *Olympia* neue Schübe. 1990 beharrte die *Olympia* als Vorsitzende der DB etwa auf dem Standpunkt, „daß auch die Ostgebiete, Südtirol usw. alles deutsche Länder sind“ (Junge Freiheit, April 1990, S. 8).

Dieser offen revanchistische Anspruch der *Olympia* war für die DB immer wieder problembehaftet. So erntete Norbert Burger bei der 175-Jahr-Feier der DB in Jena 1990 für seine „extremen Grußworte“ Pfiffe (acta studentica, 21. Jg., F. 82, S. 7). Und die Studentenhistoriker-Zeitung *acta studentica* berichtete 1991 von einer notwendigen Entschuldigung der DB-Spitze bei Staatssekretär Kropfenstedt. Dieser war nämlich zuvor „globalen Beschimpfungen und Verleumdungen (...), die durch ein Mitglied der vorsitzenden Burschenschaft in der DB, B! Olympia Wien, in einem Interview ausgesprochen worden sind“ (ebd., 22. Jg., F. 86, S. 8), ausgesetzt.

Ende 1995 quitierten gemäßigtere deutsche Verbindungen die neuerliche Wahl der *Olympia* auf den Vorsitz der DB mit ihren Austritten. Als Grund für diesen Schritt wurde unter anderem angegeben, die Wiener Burschenschafter hätten gefordert, „Österreich und Teile Polens in die Wiedervereinigung Deutschlands miteinzubeziehen“ (Junge Freiheit 18-19/96, 3. Mai, S. 4).

Abschließend sei als weiterer Beleg für den **rechtsextremen Charakter** der *Olympia* noch mal aus der Verbandszeitschrift *Der Olympe* (1/93) zitiert. Dort ist die Rede von „Ausländerflut“ (S. 4) und einer „drohenden Überfremdung“ (S. 11). Der Rassismus wird zum „natürlichen Abwehrwillen der Bevölkerung“ erklärt und durch „artfremdes Gedankengut“ (S. 17) konterkariert. Presserechtlich mitverantwortlich für diese Zeilen ist übrigens Martin Graf.

Zuletzt sorgte die *Olympia* im November 2005 für Schlagzeilen: Der britische Holocaustleugner David Irving hätte beim „Stiftungsfest“ einen Vortrag halten sollen, wurde jedoch kurz davor verhaftet. Wegen Verstöße gegen das NS-Verbotsgesetz wurde er am 20. Februar 2006 (nicht rechtskräftig) zu drei Jahren Haft verurteilt.